

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

11.5.1884 (No. 112)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 11. Mai.

№ 112.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Expediton: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Beitragsgeldgebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1884.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 3. d. Mts. ist der Premierlieutenant v. Treslow vom 2. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 23 in das 3. Badische Infanterie-Regiment Nr. 111 versetzt worden.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 10. Mai.

Die Abstimmung über Verlängerung des Socialistengesetzes wird voraussichtlich heute erfolgen, nachdem gestern eine siebenstündige Verhandlung noch nicht zum Schluß geführt. Nach zuverlässiger Angabe sind bei Beginn der Debatte in der vorgestrigen Sitzung 343 Mitglieder des Reichstags gegenwärtig gewesen, ein Bestand wie er seit Jahren nicht bei einer Abstimmung erreicht wurde. Von der national-liberalen Fraktion des Reichstags fehlte mit Ausnahme des schon seit längerer Zeit franken Abg. v. Beaulieu kein einziges Mitglied. Die deutsch-konservative Parteileitung andererseits hat bereits am 2. Mai an sämtliche Mitglieder der Fraktion die Aufforderung ergehen lassen, sich am 8. d. M. pünktlich einzufinden, da die Anwesenheit jedes Einzelnen unumgänglich notwendig sei. Damit werden die Behauptungen widerlegt, daß die genannten Parteien die Ablehnung des Socialistengesetzes herbeiführen wollten und deshalb ein Theil der Mitglieder bei der Abstimmung nicht erscheinen werde.

Der morgige Sonntag wird für die Schweiz ein bewegter Tag sein, auf ihn ist die mit mehr als 100,000 Unterschriften verlangte Volksabstimmung über die Ergänzung des Bundes-Strafrechtes durch den sogenannten Stabio-Artikel, die Befreiung der schweizerischen Handelsreisenden von den Patentzöllen, Erhöhung des Kredites für den Seandachtsposten in Washington von 50,000 Frs. auf 60,000 Frs. und die Bewilligung von 6000 Frs. für Anstellung eines eidgenössischen Justizsekretärs gesetzt. Der Stabio-Artikel ist bekanntlich so benannt nach seinem Anlaß, den blutigen Wahlercessen zu Stabio in Tessin, deren gerichtliche Aburtheilung der Bundesversammlung Anlaß gab, in ähnlichen Fällen die Justizpflege des Bundes an die Stelle der befangenen Kantonsjustiz treten zu lassen. Die ganze Referendumsbewegung wurde von konservativer und ultramontaner Seite hervorgerufen.

Die Antwort der Pforte betreffs der Konferenz wird in gut unterrichteten Kreisen Berlins als eine nur vorläufige betrachtet, indem die Pforte ihre Wünsche zum Ausdruck bringe, was eine Verständigung mit England über das Programm der Verhandlung keineswegs ausschliesse.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bringt folgende Erklärung: „Die Presse verschiedener Richtungen wird nicht müde, von angeblichen Spaltungen innerhalb der nationalliberalen Partei und besonders von einem tiefen Gegensatz zwischen Herrn Miquel und der demaligen Parteileitung sowohl wie Herrn v. Bennigsen zu erzählen; sogar das Zeugnis „nationalliberaler“ Führer, deren Namen man jedoch verschweigt, wird dafür ins Feld geführt. Man stellt Herrn Miquel dar, als habe er in Neustadt eine Art Pronunciamento unternommen zu dem Zweck, die nationalliberale Partei bedingungslos in das Regierungslager hinüberzuführen. Die Wahrheit ist, daß Miquel in Neustadt mit größtem Nachdruck die Unabhängigkeit der Partei nach allen Seiten hin aufrechterhalten, jede Qualifikation derselben als Regierungspartei zurückgewiesen, daß er ferner die Rechte des Parlaments und des Volkes, unter den letztern besonders das geheime Wahlrecht, aufs bestimmteste vertreten, daß er andererseits aber auch jede factiose Oppositionsstellung abgelehnt, vielmehr die rein sachliche Prüfung aller Regierungshandlungen vorbehalten und unter diesem Vorbehalt die Nothwendigkeit möglicher Unterstützung der Bismarck'schen Socialpolitik betont hat. Damit ist Miquel, wie jeder Unbefangene sieht, durchaus auf dem Boden des nationalliberalen Programms von 1881 verblieben, an welchem festzuhalten er obendrein aufs ausdrücklichste erklärt hat. Es braucht nach alledem nicht erst verständig zu werden, daß das ganze Gerücht von einem tiefen Gegensatz zwischen Miquel und der Parteileitung bzw. v. Bennigsen eine Hallucination derjenigen ist, bei welchen der Wunsch nach Spaltung der Nationalliberalen die Phantasie so übermächtig erregt hat, daß sie die einfachsten Thatsachen nicht mehr zu erkennen vermögen. Im Uebrigen wird der am 18. ds. stattfindende Parteitag unzweideutig genug die Einmüthigkeit der nationalliberalen Partei ans Licht stellen. Ganz besonders auch wird — wir zweifeln daran nicht — auf demselben klar werden, daß die Nationalliberalen Norddeutschlands, weit entfernt, in dem Vorgehen von Feilberg und Neustadt ein feindseliges Pronunciamento

zu erblicken, dasselbe vielmehr als einen erfreulichen Anfang neuer Thätigkeit der gesammten Partei begrüßen.“

Rede des Reichskanzlers Fürsten Bismarck in der Reichstags-Sitzung vom 9. Mai.

Ich habe bereits bei Gelegenheit der ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs so ausführlich gesprochen, daß ich den Eindruck habe, ich könne meinen Ausführungen nicht mehr viel hinzufügen. Mit einer Wiederholung derselben, selbst im Auszuge, mag ich Ihre Zeit nicht belästigen, und zwar um so weniger, als ich glaube, daß hier wohl niemand einer Beeinflussung, die nicht von der Fraktion ausginge, zugänglich sein wird. Es ist in der Kommission und seitens der Vorredner schon bemerkt worden, daß der Abg. Windthorst schon im Jahre 1881 den Antrag gestellt habe, den Reichskanzler zu ersuchen, mit anderen Staaten eine gemeinschaftliche Schritte zur Sicherung gegen Attentate zu verabreden. Mag nun die Initiative der Regierung auf jener oder der analogen im März d. J. gegebenen Anregung des Abg. Windthorst oder auf anderen Gründen beruhen, jedenfalls trifft die Regierung kein Vorwurf irgend welcher Vernachlässigung. Ich erlaube mir, Ihnen ein eigenhändiges Handschreiben, das Se. Majestät der Kaiser im März 1881 an mich richtete, vorzulesen, weil es von geschichtlichem Interesse ist. In demselben heißt es: „Die That vom 13. d. M. drängt mich von neuem die Ueberzeugung auf, daß die Zeit gekommen ist, um der Meinung, daß der Nord aus politischen Gründen gegen Souveräne gerechtfertigt sei, Einhalt zu thun. Dies kann nur durch ein gemeinsames Handeln der Großmächte Europas geschehen. Die Hauptsache ist, England, die Schweiz und Frankreich für den Erlass von Gesetzen zu gewinnen, die diesem Unwesen steuern können. Die Aufgabe wird keine leichte sein, da diese Länder solche Gesetze bisher nicht haben. England ist indessen durch die letzten Vorgänge in seinem Lande veranlaßt, seine Gesetzgebung auf diesem Gebiete zu ändern und schärfer einzuführen. Dies könnte bestimmend sein, um England zu gewinnen. Schwieriger wird es mit Frankreich und der Schweiz sein. Sie wissen, wie ich über Attentate denke, daß Polizeimaßregeln nicht gegen solche Verbrechen schützen können, wie der Mord des Kaisers Alexander ist.“ (Auf links; Sehr richtig!) Dem Herrn, der das „Sehr richtig“ rief, bemerke ich, daß man doch wenigstens vorbereiten muß, damit sie seltener vorkommen. „Das ist ein neuer Beweis, daß das Allgemeinwohl des Staates und die Ruhe auf dem Spiel steht, wenn nicht von den europäischen Mächten gemeinsam eingeschritten wird.“ Sie finden hier denselben Gedanken, den der Herr Abg. Windthorst damals angeregt hat, bereits unmittelbar nach jenem Attentate, von Sr. Majestät dem Kaiser auf das Bestimmteste angeregt und die Ueberzeugung ausgesprochen, ebenso wie es Herr Windthorst gethan hat, daß zur Regelung dieser Frage eine gemeinsame Verständigung aller europäischen Mächte nothwendig ist, und daß die Aufschichtsbestimmungen des einzelnen Staates über das Dynamit nicht sehr weit führen können, zumal die Sprengstoffe aus leicht zugänglichen Mitteln hergestellt werden können.

Wir traten mit den fremden Mächten in Verhandlungen, und wir glauben, dies auf dem Wege thun zu sollen, daß wir zunächst Rußland als den am schwersten betroffenen Staat auffordern, die Initiative zu ergreifen und den Vorschlag zu einer Konferenz an alle Mächte zu richten, indem wir uns gleichzeitig bereit erklärten, mit unserem ganzen Einflusse dafür einzutreten. Die russische Regierung nahm diesen Vorschlag an und lud überdies die Mächte zu einer Konferenz ein, die in Brüssel stattfinden sollte. Rußland, Deutschland und Oesterreich waren von Hause aus bereit, die Konferenz zu beschicken, während Frankreich erklärte, seine Theilnahme von dem Entschlusse Englands abhängig machen zu wollen. England lehnte ab, und in Folge dessen Frankreich auch. Auch in der Schweiz und in anderen Staaten hat man uns darauf verwiesen, daß man des Vorgehens der westeuropäischen Mächte bedürfe, um sich anzuschließen. Wir haben darauf die Verhandlungen lange fortgesetzt, um wenigstens zwischen Oesterreich, Rußland und Deutschland ein Abkommen zu Stande zu bringen, durch welches maßgebende Grundsätze festgestellt würden. Wir gelangten zu der Ansicht, daß die Privilegien des politischen Nordes durch das gemeine Recht nicht beseitigt werden könnten. Wir wollten die Fiktion beseitigen, als ob der Nord aus politischen Motiven gerechtfertigt und entschuldigt werden könnte, daß beispielsweise die Vergiftung eines Souveräns, um ein anderes System an's Ruder zu bringen, nützlich und als politisches Verbrechen entschuldbar ist. Ebenso könnte man einen Diebstahl, Falschmünzerei u. d. l. mit politischen Motiven rechtfertigen wollen, dann gäbe es kein Verbrechen, das nicht auf politische Motive zurückzuführen sein würde. Die Oesterreich-ungarische Regierung sieht sich schließlich außer Stande, über diese Frage mit uns zu verhandeln, so daß nur noch zwischen den beiden Mächten, die die Initiative ergriffen hatten, zwischen Deutschland und Rußland Verhandlungen schweben. Sie können daraus entnehmen, daß die Regierung ihrerseits nicht gekümmert hat, von Hause aus diese Bahn zu geben, soweit es möglich ist.

Die Frage, ob die preussische Regierung für sich allein ein Dynamitgesetz erlassen sollte, ist durch den im Ingenieur- und Artilleriefach ausgebildeten vorigen Kriegsminister v. Kameke als schwierig und unfruchtbar erklärt worden, wenn sich nicht die Hauptmächte von Europa darüber vereinigen, nach welchen Prinzipien vorgegangen werden soll. Der einzelne Staat kann weder präventiv noch repressiv genügende Maßregeln ergreifen. Ich habe übrigens für meine Person diese Sache seit dem Ende des Jahres 1881 aus dem Auge verloren, weil ich durch schwere und schmerzhaftes Krankheiten meine Theilnahme an den Geschäften auf ein Minimum beschränken mußte und weil ich nach den Wahlen von 1880 jede Hoffnung verloren hatte, für solche Gesetze die Zustimmung dieses Hauses zu erzielen. Jetzt haben Sie aber die Initiative ergriffen, wir nehmen sie dankbar an, acceptiren sie willig. Die Attentate, über die wir bisher zu klagen haben,

sind allerdings nicht mit Dynamit begangen worden. Ueber dasjenige am Niederrwald kann ich keine Auskunft geben, wir müssen das gerichtliche Verfahren abwarten. Die schwereren Verbrechen vor sechs Jahren sind ohne dieses Dynamitgesetz begangen worden, das Dynamitgesetz wird aber den ruhigen Bürger der allgemeinen Gefahr entrücken, die ihm in der Sorge vorsteht, was aus dem Staate werden könnte, wenn die Prinzipien, die auf Schloß Wyden zu Papier gebracht worden sind, zur Wirklichkeit gelangen. Diese allgemeine Sorge muß gehoben werden; diese Aufgabe wird durch kein Dynamitgesetz erledigt.

Noch eine andere Sache, die auch auf auswärtigem Gebiete liegt, muß ich erwähnen. Es zeigt sich da wieder einmal, wie ununterrichtet diejenigen sind, welche über solche Dinge das große Wort führen. Mehrere Redner haben Vergleiche angeknüpft zwischen den deutschen und russischen Verhältnissen, zwischen den gleichen Erscheinungen in Deutschland und denen unter russischer Omnipotenz. Es sind aber gleiche Erscheinungen gar nicht vorhanden. Die russischen Arbeiter sind gut lassetlich gesinnt; der russische Arbeiter schlägt den Nihilisten todt, den er als solchen trifft. Die Nihilisten gehören den gebildeten und halbgebildeten Ständen an; sie rekrutiren sich aus dem Abiturienten-Proletariat. Der Ueberschuß aus dieser Ueberproduktion ist der Hauptbestandtheil der russischen Nihilisten. Wenn ein solcher, der sich schon als Gouverneur gesehen hat, diese seine Hoffnungen schwinden sieht, dann sieht man ihn in kurzer Zeit als Nachwächter oder etwas ähnliches fungiren. Kein einziger Arbeiter ist unter den russischen Nihilisten; es sind nur lauter feingebildete oder halbgebildete Leute, verdohrbene oder auch unverdohrbene Studenten, Offiziere, die mit ihren Traditionen gebrochen haben oder nicht so vorwärts gekommen sind, wie sie es erwarteten, oder Leute, wie der Sohn eines Bankiers, Namens Mendelssohn — der Name hat allerdings nichts Nihilistisches. (Heiterkeit.) Man könnte hierbei vielleicht in gewisser Beziehung von einer Art des Fortschritts sprechen. Die russischen Arbeitermassen sind noch intact. Es ist wohl als bekannt vorauszusetzen, daß in Rußland alles Eigenthum der Gemeinde alle drei Jahre neu geregelt wird. Ich bestreite nicht, daß es möglich ist, den gefährlichen Zunder auch in die Arbeitermassen zu werfen. Bei dem Prozeß gegen die Wjersa Saffalisch, wo höhere Beamte im Zuschauerraum ihr Verfall klafften, hat man angefangen, die öffentliche Meinung zu vergiften. Die Russen sind darin noch nicht so weit wie wir. Soweit wie die Russen jetzt, waren wir ungefähr vorgestern vor 18 Jahren zur Zeit des Windthorst'sen Attentats. Blind war kein Arbeiter, er war Student. Die Theorie der Konflikts-Fortschrittspartei hatte ihn geleitet gegen den „elenden“ Minister, den Sie hier vor sich sehen (große Heiterkeit), wie man ihn in den damaligen fortschrittlichen Blättern nannte, die zum größten Theile für Blind Partei nahmen und es nur bedauerten, daß ich nicht so freundlich war, mich von ihm erschießen zu lassen. (Heiterkeit.) Was ist mir damals nicht alles angebidet worden? Ich sollte sogar ein Stahlhemd tragen, sonst würde ich nicht so dick sein. Die mittleren Polizeibeamten waren es, unter deren Kommando diese Dinge passiren. (Gelächter links.) Meine Herren, Sie lachen doch nur, damit in den kenographischen Bericht kommt „Gelächter“ — es müßte noch hinzukommen: „Gelächter Abg. So und So“ — um die Bedenklichkeit der Sache abzuschwächen. Ich kann dieses Gelächter — meine Herren, verzeihen Sie mir den Ausdruck — nur ein banalisches nennen. Ich sage Ihnen, meine Herren, wenn ich zu Hause manchmal Ihrer gedanke, gerathe ich auch in Heiterkeit. Hier bin ich ernst. (Fortfahrend.) Man hat Blind mit Vorbeeren geschmückt, was doch nur mit Zustimmung der Polizei möglich war — und das alles nur aus Willkür, daß ich noch lebte. In Rußland also liegt die Sache ganz anders; dort machen es Dolch und Revolver, bei uns die öffentliche Meinung. Uebertragen Sie die Idee von der sittlichen Brandstiftung als solche auf die natürliche Brandstiftung. (Auf bei den Socialdemokraten: Au!) Meine Herren, ich lasse Ihnen Zeit, die ininartikulierten Laut zu artikuliren. (Abg. Frhr. v. Münnigerode: Das hat weh gethan!)

Zwischen Socialdemokraten und Revolutionären ist kein Unterschied; ich liebe auch den guten Revolutionär nicht! Die geheimen Untriebe werden sie nicht lassen; die Leute sind zu gut geschult und zu geschickt. Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie die geheime oder die öffentliche Agitation beseitigen? Ich meine, beseitigen Sie beides! Man hat ferner gesagt: Soll denn das Gesetz von ewiger Dauer sein? Ich sage: weder von ewiger noch von zu kurzer Dauer. Berücksichtigen Sie, was in der Kaiserlichen Hofschaff und in den Reformvorschlägen niedergelegt ist: geben Sie dem Arbeiter Brod, d. h. Arbeit, so lange er gesund ist, Unterflüßung, wenn er krank ist, versorgen Sie ihn, wenn er alt oder invalid geworden — und unsere Ausnahmegesetze werden unnöthig sein. Wenn der Staat und die gesetzgebenden Körperschaften etwas mehr für die arbeitenden Klassen thun, so wird der Arbeiter, wenn er eben sieht, daß es uns mit den Bemühungen um sein Wohl Ernst ist, sehr bald die socialdemokratischen Lehren verläugnen. Der Regierung ist das Ernst, aber die gesetzgebenden Körperschaften halten nicht Schritt. Der Unfallversicherungsgesetz-Entwurf, der ca. 170 Paragraphen zählt, steht bei der Spitze des § 43, ob Arbeiterauskünfte zu bilden seien oder nicht. Ich mache der Kommission keinen Vorwurf, die Sache ist wichtig, aber es gab Fälle, wo die betreffenden Arbeiter recht schnell vor sich gingen. Der Mangel an Glauben, daß die Reformen möglich seien, verlangsamt die Erledigung. Die Regierung aber will eine Antwort haben, sie wird die Verhandlungen nicht abbrechen, und wenn wir bis zum August bezw. bis zur Erledigung Ihres Mandats hier sitzen. Die Regierung wird am Plage sein. Wir müssen ohne Schatzkammer — um nicht zu sagen Winkeltische — weiter arbeiten. Unsere Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Die Majorität ist damit einverstanden. Das Gegenheil kann nur zu Privatwahlen behauptet werden. Sind diese unsere Aufgaben aber erfüllt, erst dann ist das Zurückziehen aller Ausnahmegesetze möglich.

Treiben Sie doch (nach links gewendet), wie die Sache jetzt

liegt, nicht ein so grausames Spiel und sagen Sie doch offen „Nein!“ Wir werden Ihnen dann schon Gelegenheit verschaffen, Ihren Wählern Rechenschaft zu geben. (Heiterkeit.) Machen Sie den Kreuz- und Querzügen und dieser Ungewissheit doch ein Ende. Seien Sie überzeugt, daß sich, falls Sie die Ablehnung beschließen, eine Majorität finden wird, welche Ihr Erbe übernimmt. Sollte auch der neue Reichstag für die Ablehnung sein, nun, dann ist die Regierung erkulpiert und kann rubia aufsehen, wie weit Sie auf der Bahn des „Gemeinen Rechts“, das hier so sehr hervorgehoben worden ist, kommen werden. Wir haben wahrlich von der sozialistischen Revolution nicht mehr zu fürchten als Sie, wir können, falls Sie uns am Richtigen verhindern, es so gut aushalten wie Sie. Glauben Sie wirklich, daß der deutsche Bürger so denkt wie Sie, nun so wird es gut sein, daß man ihn häufiger befragt. Vielen Wählern ist die Tragweite ihrer Abstimmung für die Fortschrittspartei auch noch gar nicht genügend klar; sie denken gar nicht daran, daß sie durch ihre Wahl für den Fortschritt mit zur Entwicklung der Socialdemokratie und zum Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung beitragen, sie denken nicht daran, daß wir auf der von ihnen betretenen Bahn zu Zuständen gelangen, wie wir sie in Norwegen vor uns sehen. Wenn ein derartiges Resultat am grünen Holz des ehrsam konservativen norwegischen Bauern gedeiht, dann werden Sie mit dem Material in unsern großen Städten schwerlich zu einem besseren Resultat gelangen. Der Herr Abg. v. Minnigerode hat gestern davon gesprochen, daß sich die Abgeordneten, die sich Diäten bezahlen lassen, an ihre Partei verkaufen. Das ist meiner Ansicht nach nicht ganz richtig — sie verkaufen sich nur! Aber es geht damit sogar so weit, daß ich vielleicht dazu kommen könnte, die Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam zu machen, ob es nicht eine Befreiung der Abgeordneten ist, daß sie dagegen einschreiten, wie es ja oft vorkommt. Wenn der Prozeß so ausfiele, wie ich es nicht für richtig halte, so würde ich mit einer Aenderung der gesetzgeberischen Deklaration vor Sie treten und um Ihre Genehmigung bitten. (Heiterkeit.) Mir ist da nicht so lächerlich zu Muth (Heiterkeit), es liegt da ein munder Fleck bei der Staatsanwaltschaft. Ich halte es für verfassungswidrig. Meines Erachtens wäre es der Verfassung entsprechend, daß, wenn das Parlament den Verfassungsbruch ermittelt, man dann solche Abgeordnete, welche die Verfassung überleitet brechen, kassirt, sonst setzt sich das Parlament selbst in Verfassungsbruch. Aber mir liegen zu meiner Berufung bis jetzt derartige Nachweise nicht vor, sollten sie vorliegen, so würde ich sie nachweislich zur Kenntniß bringen. Ich schließe mit dem Wunsche, wenn die Möglichkeit einer Auflösung eintreten sollte, so würde ich mich bei den bevorstehenden Wahlen an die Wähler wenden und sagen: Wollen Sie die Socialisten Gefahr los sein, so wählen Sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Deutschland.

Berlin, 10. Mai. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute früh 9 Uhr nach Baden-Baden abgereist. — Se. Maj. der Kaiser ertheilte gestern Nachmittag der Cholera-Kommission, an deren Spitze Prof. Dr. Koch sich befand, Audienz und machte darauf eine Ausfahrt. Auch die Kaiserin unternahm eine Spazierfahrt. Der Kronprinz und der Prinz von Wales kommen heute nach Berlin, um der Truppenbesichtigung beizuwohnen. — Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, hat der Kaiser dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland den Schwarzen Adler-Orden verliehen. — Gestern Vormittag 11^{1/2} Uhr fuhr der Reichskanzler Fürst Bismarck zum Kaiser. Derselbe wurde von den zahlreichen Passanten unter den Linden lebhaft begrüßt. — Fürst Bismarck hat an eine große Anzahl Reichstags-Mitglieder aller Parteien, welche beim Kanzler ihre Karten abgeben haben, auf heute Abend 8 Uhr eine Einladung ergehen lassen „zu einer vertraulichen Besprechung“. Da unter den Eingeladenen auch viele Mitglieder des Zentrums und der Freisinnigen sich befinden, so nimmt man an, daß es sich um eine parlamentarische Sizze handle, der ein gemüthlicher Charakter vindicirt wird. — Gestern Vormittag gegen 11 Uhr ist der Fürst Alexander von Bulgarien im strengsten Incognito hier angekommen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen.

An die Stelle einer Rede Ignatieff's an den Großfürsten Alexei als Protektor der „Petersburger Gesellschaft für Handel und Industrie“ ankündigend, worin es heißt: „Selbst dem Deutschen werde es nicht einfallen, die Interessen der Fremden zu verfechten“, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Ignatieff schlage den Patriotismus der Deutschen nicht hoch an; seine Schätzung sei aber noch zu gering. Fürst Bismarck habe die Deutschen richtiger charakterisirt, indem er behauptet, sie frantken am Corpsgeist. Dieser Corpsgeist gestalte sich zum Fraktionsgeist, welcher den Patriotismus nicht aufkommen lasse. Der Artikel der „Norddeutschen“ schließt: man nehme die Geschichte unserer Finanzpolitik der letzten Jahre, man verfolge auf dem Gebiete der Socialpolitik die gemachten Versuche, man blicke auf die wirtschaftliche Gesetzgebung hin, überall zeigt sich der Mangel an Patriotismus und andererseits die Herrschaft des Fraktionsgeistes. Aus dem jüngsten Verhalten der Opposition gegenüber dem Einfuhrverbot des amerikanischen Schweinefleisches hätte Ignatieff wohl die Lehre ziehen müssen, daß es auch einem Deutschen wohl einfallen könne, die Interessen der Fremden zu vertheidigen, nämlich, wenn er sich daraus Vortheil für seine Fraktion und Schwächung der staatlichen Autorität versprechen kann.

Die Aktiengesetz-Kommission hielt am Donnerstag vor Beginn des Plenums eine etwa 1^{1/2}stündige Sitzung, in welcher der Rest des Art. 21 und die weiteren Artikel der Vorlage bis 213 a. (Generalversammlung beauftragt Errichtung einer Aktiengesellschaft, Veröffentlichung des Gesellschaftsvertrages, Eintragung in Handelsregister, Zweigniederlassung, Rechte der Aktiengesellschaft) mit unwesentlichen Abänderungen angenommen wurden. Bei Artikel 213 a, welcher von der Verantwortlichkeit der Gründer für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben über Zeichnung und Einzahlung des Kapitals u. s. w. handelt und der voraussichtlich zu einer längeren Debatte Veranlassung geben wird, wurde die Sitzung vertagt und die Anberaumung der nächsten dem Vorsitzenden überlassen.

Stuttgart, 9. Mai. Gemäß Bescheides des Ministers v. Mittnacht an den Eisenbahn-Rath geht im Sommerfahrplan ein direkter Schnellzug Berlin-Hannau-Stuttgart-Zürich im Anschluß an die Gotthardbahn, und zwar geht derselbe ab: Berlin 10 Uhr 20 Min. Abends, Stuttgart 1 Uhr 30 Mittags und Zürich 8 Uhr 40 Abends. Derselbe trifft in Mailand um 8 Uhr Morgens ein. Ferner geht der Schnellzug Stuttgart-Friedrichshafen im Anschluß an die Arlbergbahn. — Divisionsgeneral Knörzer wurde pensionirt und aus diesem Anlaß in den Adelsstand erhoben.

Strasburg, 9. Mai. Es ist in der „Karlsruher Zeitung“ vor kurzem davon Mittheilung gemacht worden, daß die Regierung zur Ausführung des Landesauschusses-Beschlusses über eine landwirthschaftliche Enquete bereits Enquetekommissionen in den einzelnen Landkreisen niedergesetzt hat. Die dieser Enquete, welche im Juni und Juli vor sich gehen soll, zu Grunde zu legenden Fragebogen sind sehr eingehend; sie zerfallen in 79 Paragraphen, die ihrerseits unter 29 Abtheilungen gebracht sind. Es wird da zunächst Auskunft verlangt über das Verhältniß des Kulturlandes zur Zahl der Bevölkerung sowie über die Bodenverhältnisse im Allgemeinen und über die Verhältnisse der verschiedenen Arten des Kulturlandes zu einander. Es wird Auskunft verlangt, ob der Betrieb ein rationeller ist und ob etwaige Mängel mit einer weitgehenden Parzellirung des Kulturlandes im Zusammenhange stehen. Es schließen sich hieran eine Reihe von Fragen über die Besitzvertheilung und ob etwa das Erbrecht, das eheliche Güterrecht u. s. hier von ungünstigem Einflusse ist. Ueber die wichtigen Fragen der Güterpreise und der Pachtbedingungen ist ein besonders eingehendes Schema aufgestellt, ebenso über die Verschuldung des Grundeigenthums und deren Ursachen, über die Kreditverhältnisse und die etwaigen Mittel zur Besserung derselben. Unter den Detailfragen nehmen die über nothwendig erscheinende Meliorationen einen besonders breiten Raum ein, hat doch diese Seite der Angelegenheit den Antrag auf eine Enquete in erster Linie hervorgerufen. Von den übrigen Abschnitten möchte ich namentlich auf den sehr ausführlichen über die Arbeiter hinweisen, der nicht nur Auskunft verlangt über die Lohnverhältnisse, sondern auch über die moralischen Zustände und das Verhältniß zu den Arbeitgebern. Bei den Fragen nach den Abzugsverhältnissen ist der Wirkungen der ausländischen Konkurrenz ein besonderer Abschnitt gewidmet und endlich werden Vorschläge gefordert für eine etwa wünschenswerthe Abänderung der Gesetzgebung und für sonst zu ergreifende Maßregeln. An überreichem Stoffe wird es dem Ministerium, welches die eingegangenen Berichte im Herbst bearbeiten wird, nicht fehlen, da nicht allein die 20 Enquetekommissionen der Kreise, sondern auch die landwirthschaftlichen Vereine und besonders interessirte und kundige Privatpersonen zur Beantwortung des Fragebogens aufgefordert werden. Sind die Gründe der unlängbar vorhandenen Mißstände einmal aufgeklärt, so ist damit auch eine wesentliche Strecke des Weges zur Besserung zurückgelegt. Die so beachtenswerthen Resultate der badischen Enquete werden auch unsern Landwirthen Muth machen, sich der nicht kleinen Mühe einer eingehenden Beantwortung der an sie gestellten Fragen zu unterziehen, wie ja das Beispiel Badens in dieser Angelegenheit von Anfang an anregend und fördernd gewirkt hat.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. Mai. Die „Politische Korrespondenz“ meldet: Italien kündigte die literarische Konvention mit Oesterreich, wie dies auch rückfichtlich anderer Staaten geschah oder geschehen wird. Italien bezweckt, die aus der Epoche des Königreichs Sardinien stammenden Konventionen mit den veränderten Gesetzgebungen über das geistige Eigentum in Einklang zu bringen.

Italien.

Navigo, 10. Mai. (Tel.) Bei Cerca sind zwei Eisenbahn-Züge zusammengestoßen, 19 Militärpersonen und eine Civilperson sind verwundet.

Frankreich.

Paris, 9. Mai. Li-Fong-Pao gibt heute zu Ehren Tseng's, welcher morgen nach London abreist, ein Abschiedsbüchlein, und wird morgen früh 10^{1/2} Uhr von Ferry in Privataudienz empfangen werden.

Spanien.

Madrid, 9. Mai. Die neuen Senatswahlen ergaben eine große ministerielle Majorität. Dieselbe beträgt einschließlich der lebenslänglichen Mitglieder 270; nur 90 gehören der Opposition an.

Großbritannien.

London, 9. Mai. Im Oberhaus vertheidigte Granville den Congo-Vertrag, der England große Vortheile sichere. Der Zweck des Vertrages sei Ausdehnung des Handels und Unterdrückung des Sklavenhandels. — Das Unterhaus nahm in dritter Lesung die Vieheinfuhr-Bill mit 124 gegen 21 Stimmen an. — Ein gestern Abend von patriotischen Vereinen veranstaltetes Massenmeeting nahm mehrere Resolutionen an, worin gegen die Preisgebung Gordon's als unehrenhaft protestirt und die Opfer an Menschenleben in Egypten dem Mangel an einer entschlossenen Politik der englischen Regierung zugeschrieben werden.

Egypten.

Kairo, 9. Mai. Das „Bureau Reuter“ meldet: Die französische Regierung ersuchte die Vertreter Italiens bei der Verwaltung der Kasse der öffentlichen Schuld, daß Baravelli ihr auf der Konferenz als technischer Beirath diene. Der diplomatische Agent Frankreichs, gleichfalls nach Paris berufen, wird nach Erledigung der Arbeiten der Kommission für die Gerichtsreform am Ende

des Monats abreisen. Barrere bleibt während der Konferenz in Europa; er ist, falls die Mächte zwei Vertreter zur Konferenz entsenden, zum zweiten Delegirten Frankreichs designirt. — Angesichts der Schwierigkeiten, die Steuern in Obergypen einzuziehen, beschloß der Ministerrath, die Steuerbeträge in natura anzunehmen. Auch verhandelt die Regierung mit den ägyptischen Banken wegen eines Vorschusses von 300,000 Pfd. zu 5 Proz., wobei das aus Obergypen für die Steuerzahlungen eingehende Getreide als Garantie dienen soll.

China.

Shanghai, 9. Mai. Das „Bureau Reuter“ meldet: Li-Fung-Chan überreichte der Kaiserin von China eine Denkschrift, worin er die Nothwendigkeit der sofortigen Verständigung mit Frankreich darlegte. Die Kaiserin berief darauf den Staatsrath, wozu auch Prinz Chan gezogen wurde. Wie es heißt, sprach sich der Staatsrath gegen die Politik Li-Fung-Chan's aus.

Nordamerika.

Washington, 9. Mai. Der Senat genehmigte die Schiffsahrts-Bill, welche folgendes bestimmt: Alle Offiziere amerikanischer Schiffe müssen Bürger der Unionsstaaten sein. Die nach auswärts gehenden Schiffe dürfen im Auslande eintretende Vorkäufe bis zur Heimkehr mit Ausländern ausfüllen. Wenn Schiffe in den Unionsstaaten für fremde Rechnung ganz oder theilweise von ausländischem Material, worauf Einfuhrzoll gezahlt ist, gebaut sind, wird bei der Ausfuhr der Schiffe der Betrag des entrichteten Zolls abzüglich von 10 Proz. zurückvergütet.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 10. Mai.

(Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“) Nr. 17 enthält das Gesetz die gewerksmäßige Ausübung des Hufbeschlags betreffend. Bekanntmachung des Ministeriums des Innern: die ärztlichen Prüfungen betreffend; die Pferdeaushebung betr.; die Bezüge der im Civil- Staatsdienste stehenden Beamten und Angestellten bei auswärtigen Dienstgeschäften betreffend; die Gewährung von Wohnungsgeld-Zuschüssen an die weltlichen Staatsdiener und Angestellten betreffend; des Finanzministeriums: die dienlichen Verhältnisse der Angestellten der Civilstaatsverwaltung betreffend.

Das Gesetz: die gewerksmäßige Ausübung des Hufbeschlags betr., lautet:

Art. 1. Vom 1. Januar 1886 ab sind nur solche Personen berechtigt, gewerksmäßig den Hufbeschlag selbständig auszuüben und zu betreiben, welche eine Prüfung im Hufbeschlag mit Erfolg bestanden und dadurch den Nachweis ihrer Befähigung zu diesem Gewerbebetrieb erbracht haben. Den Prüfungsnachweis haben diejenigen Personen nicht zu erbringen, welche bis zum 31. Dezember 1885 das Hufbeschlag-Gewerbe im Großherzogthum Baden selbstständig betrieben haben.

Art. 2. Die im Art. 1 erwähnte Prüfung im Hufbeschlag kann nur vor einer Prüfungskommission bestanden werden, welche als solche staatlich bestellt oder anerkannt ist.

Art. 3. Aus triftigen Gründen kann von der Vorschrift im Art. 1 Nachsicht ertheilt werden.

Art. 4. Die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften sind durch das Ministerium des Innern zu erlassen.

(Das „Verordnungsblatt der Steuerverwaltung“) Nr. 8 enthält folgende Personennachrichten: Nach Erlass Großh. Finanzministeriums wurde Finanzpraktikant Wilhelm Greiffenstein, a. B. erster Gehilfe bei Großh. Domänenverwaltung Heidelberg, zur ausführenden Verwendung bei dem Sekretariate und der Revision der Steuerverwaltung einberufen und Steueranfänger Benedikt Jäger in Mannheim wegen vorgerückten Alters und körperlicher Leiden in den Ruhestand versetzt. Mit Erlass Großh. Steuerverwaltung wurde der Gehilfe erster Klasse Wilhelm Frey bei Steuerkommissär Ehrlebach in Rott in gleicher Eigenschaft zu Steuerkommissär Fritz in Schwetzingen versetzt und Finanzassistent Peter Zimmermann, a. B. erster Gehilfe bei Großh. Obergemeinde Schwetzingen, zum Buchhalter dafelbst ernannt.

Versetzt wurden die Steuerausheber Karl Köppler von Wertheim nach Mannheim, Gottfried Moll von Ladenburg nach Wertheim, Sebastian Uhrig von Zell i. B. nach Ladenburg, Johann Wartmann von Heidelberg nach Zell i. B., Johann Baptist Kramer von Waldshut nach Heidelberg, Nikolaus Bauer von Schliengen nach Waldshut, Aug. Wilh. Kern von Krozingen nach Schliengen, Heinrich Zimmermann von Schiltach nach Krozingen, Adolf Otto Röhling von Mosbach nach Schiltach, Valentin Herrmann von Bruchsal nach Mosbach, Michael Franz Hollerbach von Rippenheim nach Bruchsal, Jakob Birmelin von Egenstein nach Rippenheim, Georg Friedrich Gräßlin von Randernd nach Egenstein, Gottfried Bethäuser von Eichtersheim nach Randernd, Philipp Luz von Bruchsal nach Eichtersheim. Zum Steueranfänger wurde ernannt: Vicesfeldwebel Wilhelm Lieb beim 1. Bad. Feldartillerie-Regiment Nr. 14 in Karlsruhe nach Bruchsal.

(Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin) hatte die Gnade, gestern Abend zwei Mitglieder des Aufsichtsraths der Stadtmission in Audienz zu empfangen. Die Hohe Frau sprach das Bedauern aus, wegen bevorstehender Abreise nach Wiesbaden dem Fest der Stadtmission persönlich nicht anwohnen zu können. Als Zeichen der Huld übergab Ihre Königl. Hoh. den Herren Oberkirchenrath Silg und Pfarrer Kaiser ein werthvolles Kunstwerk zum Schluß des neuen Vereinsjahres: das heilige Vaterunser in künstlerischer Weise auf Holz gebrannt und gemalt. Es wird eine dauernde Freude der Vereinsmitglieder und Freunde der Stadtmissions-Werke sein, sich angesichts dieser schönen Gedächtnistafel immer wieder zu erinnern der Gnade, welcher die Hohe Frau durch diese Gabe Ausdruck zu verleihen geruh.

* Baden, 9. Mai. (Fürst Stourdzsa). Die Rennen. Dem „Bad. W.“ zufolge ist der Fürst Stourdzsa gestern Abend in Paris gestorben. Allem Vermuthen nach wird die Beisetzung der Leiche hier, in der vom Fürsten erbauten Kapelle, an der Seite seines frühverstorbenen Sohnes stattfinden. — Der Internationale Klub hat in seiner heutigen Generalversammlung endgültig beschlossen, für die August- und Oktoberrennen am Baden-Baden das große Programm, wie es bereits veröffentlicht wurde — mit Geldpreisen von 162,000 M., die Ehrenpreise noch extra — aufrecht zu erhalten. Der Internationale Klub nimmt den, von der Stadt hierzu in Aussicht gestellten Beitrag von 80,000 M. dankbar entgegen und wird für den Rest aus eigenen Mitteln Sorge tragen.

Todesanzeige.
 F.344. Pforzheim.
 Freunden und Bekannten
 die traurige Mittheilung,
 daß unser lieber Sohn und
 Bruder,
Ph. Billhauer,
 Bollverwalter,
 gestern unerwartet schnell im
 Alter von 44 Jahren in Hei-
 delberg verschieden ist.
 Um Hülfe Theilnahme bitten,
 Pforzheim, 10. Mai 1884,
 Die trauernden Hinter-
 bliebenen.

Todesanzeige.
 F.331. Bruchsal. Verwandten,
 Freunden und Bekannten die traurige
 Nachricht, daß unser innigstgeliebter
 Gatte, Vater, Bruder, Schwager
 und Onkel,
Emanuel Dreifuß,
 nach längerem Leiden heute Mittag
 12 1/2 Uhr im 44. Lebensjahre sanft
 entschlafen.
 Bruchsal, den 9. Mai 1884.
 Die trauernden Hinter-
 bliebenen.
 Die Beerdigung findet Sonntag
 den 11. Mai, Nachmittags 2 Uhr,
 statt.

E.477. In Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg ist
 soeben erschienen:
**Kleiner Führer für Baden-
 Baden und Umgebung.** Be-
 arbeitet nach C. W. Schnars'
 Schwarzwaldführer, 7. Auflage.
 Mit Plan der Stadt und Karte der
 Umgegend. Nebst einem Anhang
 für Karlsruhe. kl. 8°. brosch. 1 M.
 Mehrfache Auforderungen ent-
 sprechend, veranstalteten wir aus der im
 Druck befindlichen, gänzlich neubearbeiteten
 7. Auflage von Dr. C. W. Schnars' Schwar-
 zwaldführer eine besondere Ausgabe von
 Baden-Baden und Umgebung. Tausende
 besuchen jährlich zu längerem und kürzerem
 Aufenthalt unsere Badestadt und deren herr-
 liche Umgegend. Ihnen allen wird dieser
 kleine Führer von mäßigem Umfang, zu bil-
 ligem Preis alles wünschenswerthe klar
 und präcis bietend, willkommen sein!

E.315.11. Karlsruhe.
Civil-Uniformen
 für Hof- und Staatsbeamte, sowie
 Lieferung der ganzen Ausstattung
 werden auf das feinste und sorgfältigste
 ausgeführt bei
F. O. Brückner, Groß-Hoflieferant.
 NB. Meine seit über 20 Jahren be-
 stehende Thätigkeit in diesem Fache,
 unterstützt durch ausgezeichnete Arbeits-
 kräfte, setzen mich in Stand, das Beste
 zu liefern, was in Civil-Uniformen
 geleistet wird.
 Preisverzeichnis zu Diensten.

Emil Lembke
 C.695.13. Hoflieferant
 Karlsruhe.
 Leibwäsche.
 Stumpfwaren.
 Ausstattungen.

E.441.2. Große Posten
Cigarren,
 Java- und Sumatra-Decke, mit guter
 deutscher Einlage, schön gearbeitet, weiß
 brennend, hübsche Façon, werden billig
 gegen Cassé zu kaufen gesucht.
 Offerten H 10 postlagernd Os-
 nabrück in Hannover erbeten.

E.367.2. Das
Bettfedern-Lager
Harry Anna in Altona
 versendet tollfrei gegen Nachnahme
 (nicht unter 10 Pfd.) gute neue
 Bettfedern für 60 & das Pfd. 21
 vorzüglich gute Sorte 1,25 & 21
 Prima Halbdaunen nur 1,60 &
 Verpackung zum Kostenpreis.
 Bei Abnahme von 50 Pfd. 5% Rabatt.

F.335.1. Karlsruhe.
Landauer.
 Unterzeichneter empfiehlt einen Zwei-
 spänner, gutgebauten Landauer, fertig
 bis zur Sattlerarbeit, welcher nach Be-
 stellung in kurzer Zeit fertig gemacht
 werden kann, unter Garantie der
 Dauerhaftigkeit.
Adolf Röcke, Sattlermeister,
 Waldstraße 46, Karlsruhe.

F.346. Bruchsal.
Offizierpferd
 pro 1. Juni veranschlagt
 zu verkaufen. Näheres
Hotel Keller, Bruchsal.

Deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Lübeck.
Bilance.

Debitores.		Ultimo December 1883.	Creditores.	
1. Actienwechsel		1 377 000,00	1. Capital in 425 Actien	1 530 000,00
2. Grundstücke:			2. Schaden-Reserve:	
a. Haus der Gesellschaft	M. 450 000,00		a. für anerkannte, aber noch unbezahlte For-	
b. andere Grundstücke	" 38 540,00	488 540,00	derungen aus Versicherungsverträgen	M. 82 946,24
3. Belegte Gelder, und zwar:			b. für zweifelhafte Forderungen aus Ver-	
a. Hypotheken	M. 20 497 268,04		sicherungsverträgen (Reserve für un-	
b. Effecten	" 8 545 160,65		erledigte Gegenstände)	" 54 479,41
c. Darlehen gegen Versicherung und Hy-	396 301,50			137 425,65
pothekwechsel etc.	" 1 767 285,60		3. Prämien-Reserve:	
d. Policen-Darlehen	" 1 767 285,60	26 206 015,79	a. für die Lebens-Versicherungen	M. 22 176 132,46
4. Ausstände bei Agenten		31 865,39	b. " Sterbecassen-Versicherungen	" 83 144,60
5. Guthaben bei Bankhäusern		45 651,86	c. " Aussteuer-Versicherungen	" 941 699,21
6. Kassenbestand		14 150,48	d. " Sparcassen-Versicherungen	" 235 338,05
7. Stückzinsen bis ult. 1883		40 719,01	e. " Renten-Versicherungen	" 1 033 308,89
8. Mobiliar		17 000,00	f. Prämien-Uebertrag	" 1 560 640,27
9. Sonstige Forderungen:				26 030 263,48
a. gestundete Prämienraten	M. 1 003 711,83		4. Reserve für unvorhergesehene Verluste	634 485,49
b. Guthaben an Prämienreserven beim			5. Sonstige Passiva:	
Rückversicherungsverbände	" 90 535,25		a. für die Versicherten zurückgestellter Gewinntheil,	
c. Diverse ausstehende Forderungen	" 71 833,23	1 165 580,31	Abtheilung A. M.	115 256,62
			B. "	271 707,73
			"	386 964,35
			b. Nicht erhobene Dividende der Versicherten,	
			Abtheilung A. "	182 354,94
			c. Uneingeloste Gewinntheilscheine, Ab-	
			theilung B. "	11 465,31
			d. Vorausgezählte Zinsen	" 57 904,49
			e. Guthaben des Rückversicherungsverbands	
			an Prämien-Reserve	" 41 328,56
			f. Unterstützungsfond für Beamte der Ge-	
			sellschaft	" 85 812,63
			g. Guthaben von Agenten	" 22 662,05
			h. Diverse Creditores	" 80 698,65
			i. Fälliger Gewinntheil	
			der Jahresklasse 1872 M.	81 076,62
			" 1876 "	81 122,27
			" 1880 "	28 608,35
			"	190 807,24
			6. Dividende der Actionäre und Tantieme aus dem Jahre 1883	1 059 998,22
				94 350,00
				M. 29 386 522,84

Lübeck, den 25. April 1884.
Der Verwaltungsrath:
Dr. F. Buchholz. Rheder. J. von Borries. Dr. A. Brehmer. Joh. Fehling.
Der Director:
Bernh. Sydow.
 Die Uebereinstimmung der vorstehenden Jahresrechnung mit den Büchern der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft wird bezeugt
 Lübeck, den 2. Mai 1884
 von den Revisoren:
G. Schliemann. L. Müller, Dr.

E.447. Nr. 9895. Karlsruhe.
Allgemeine Versorgungs-Anstalt
 im Großherzogthum Baden.
 Gemäß § 52 der Statuten wird die ordentliche Generalversamm-
 lung am
Freitag den 20. Juni 1884, Nachmittags 3 Uhr,
 im Saale des Anstaltsgebäudes zu Karlsruhe, Amalienstraße Nr. 25,
 abgehalten werden.
Tages-Ordnung:
 1. Abgabe der Wahlzettel zur Ergänzung des Verwaltungsraths und
 Ausschusses (§§ 61/62 der Statuten).
 2. Wahl des Präsidenten und Secretärs der Generalversammlung.
 3. Vorlage des Rechenschaftsberichts pro 1883.
 4. Antrag des Verwaltungsraths in Betreff der Anstellungsverhältnisse
 von Beamten der Anstalt.
 5. Eröffnung der Wahlzettel und Zusammenstellung des Ergebnisses der
 Wahl.
 Das Verzeichniß der wählbaren Mitglieder kann bei den Herren
 Vertretern und auf dem Bureau der Anstalt eingesehen und daselbst
 auch die Wahlordnung nebst dem Formular eines Wahlzettels erhoben
 werden.
 Karlsruhe, im Mai 1884.
Der Verwaltungsrath.

F.343. Karlsruhe. Hiermit die ergebene Anzeige, daß die
 Neuheiten für die
Frühjahr- und Sommersaison
 in Kleiderstoffen, Seidentoffen, Grenadines, Wasch-
 stoffen, Mantellets, Regenmänteln, Paletots, Costü-
 mes, Kindermänteln, Epigen, Sonnenschirmen etc. etc.
 in großer Auswahl eingetroffen sind.
S. Model.

in allen gewünschten Holzarten und Stylarten, der Einrich-
 tung entsprechend, polirt und gewischt, liefert prompt
die Pianoforte-Fabrik von H. Vögelin in Karlsruhe. E.259.1.
 Reiche Erfahrungen machen die Fabrik speciell in dieser Branche höchst leistungsfähig!

Wiesenthalbahn-Gesellschaft.
 Die Tit. Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der
Ordentlichen General-Versammlung
 auf Dienstag den 27. Mai, Vormittags 11 Uhr, in den Saal des Gast-
 hofs zum Hirsch dahier ergebenst eingeladen.
Tagesordnung: 1. Vorlage des Geschäftsberichts der Direktion.
 2. " der Jahresrechnung nebst Bilanz, sowie des
 Berichts der Revisoren.
 3. Neuwahl des Verwaltungsraths und dessen Präsidenten,
 sowie der Revisoren.
 Die nach Art. 23 der Statuten erforderlichen Eintrittskarten können gegen
 Vorweis der Aktienurkunde erhoben werden
 in Basel bei den Herren Jahn & Cie.,
 in Schopfheim bei den Herren Gottschall & Majer,
 in Lörrach bei der Kreis-Hypothekendarl.,
 an welchen Orten auch vom 25. an der Geschäftsbericht, sowie die Fahrkarten
 zum Bezug bereit liegen.
 Lörrach, den 1. Mai 1884.
 (H 1932 Q)
Der Verwaltungsrath.
 E.402. 1.

E.394.3. Soeben erschien in unserem Verlag:
Rhodopis.
 Ein Märchen
 von
A. von Frendorf.
 Dr. J. B. von Scheffel gewidmet.
 Preis M. 2.—, elegant gebd. M. 2.80.
 Karlsruhe, 3. Mai 1884.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

Eröffnung am 20. Mai
Schwefelbad
 am 20. Mai
LANGENBRÜCKEN
 Eisenbahnstation zwischen Karlsruhe u. Heidelberg i. Baden.
Gehaltreichste Schwefelquellen
 Süd-Deutschlands und der Schweiz.
 Indikationen: Bad- und Trinkkur
 gegen chronische Hautkrankheiten, Magenkatarrhe, Leberanschoppungen,
 Blasenkatarrhe, Syphiliden, Metallvergiftungen, Gicht u. Rheumatismus.
Berühmteste Inhalationseinrichtungen
 gegen chronische Katarrhe des Kehlkopfes, des Rachens, der Nase und der
 Bronchien, Husten, Heiserkeit etc. Mildes Klima. Bahn-, Post- u. Telegraphen-
 Station. Apotheke. Kurhotel. Hiesiges Schwefelwasser in frischerster Fällung
 in allen Mineralwasserhandlungen. Prospekte und nähere Auskunft durch
 den Eigenthümer: **K. Sigel.**

Nervenleiden,
 behandelt durch unsere hydropatische Cur in Verbindung mit **Electrotherapie**
 und Massage. — Prospect und Rechenschaftsbericht gratis durch die
 Heilanstalt
E.467. Brunntal bei München.

Mineralbad Piel.
 Vortreffliche Heilquelle. Gesunder ruhiger Aufenthalt. Billige Preise.
 Näheres Bad- und Brunnen-Verwaltung Piel, Station
 Schliengen, Baden. (H 1912 Q)
 E.393. 2.

A. Streit
 Baumwollreste
 Piqué
 Grefonne
 E.348.
 1. Shirting & Chiffon
 Sammet
 schwarz
 und farbig
 zu Fabrikpreisen
Ettlingen
 Waare und Preis stehen frei zu Diensten
 Schilling & Sammtreusen

E.479. Karlsruhe.
Südwestdeutscher
Eisenbahnverband.
 Die unterm 22. Februar l. J. be-
 kannt gegebenen Frachtermäßigungen
 auf Eisenstrassen in Wagenladungen
 im Südwestdeutschen Verband bleiben
 bis Ende October l. J. in Kraft.
 Karlsruhe, den 9. Mai 1884.
 General-Direktion
 der Groß- bad. Staatsbahnen.
L. Z. T. E.459. 2.
12. V. 7. H. A.
H. Gr. Bef.
 (Mit einer Beilage.)